

# Holzarbeiter-Zeitung

Nr. 21  
35. Jahrgang

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Berlin,  
21. Mai 1927

erschient wöchentlich am Sonnabend. / Der Bezugspreis beträgt monatlich 50 Pfennig. Zu beziehen durch sämtliche Postanstalten. Die Mitglieder des Verbandes erhalten die Zeitung unentgeltlich

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kasper, Berlin  
Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Adlonischen Park 2  
Telefon: Moschowsky 147 19, 147 20

Der Preis der Anzeigen beträgt für die sechsgeheilene Nonpareille je Zeile oder deren Raum 1,50 Mark. / Für Arbeitervereinigungen 75 Pfennig. / Für Verbandsanzeigen 50 Pfennig für die Zeile

## Rationalisierung der Wirtschaft. Zwei Beispiele aus der Praxis.

Die Rationalisierung der Wirtschaft, über die seit einigen Jahren soviel gesprochen wird, ist keine neue Erscheinung, sie ist so alt wie die Menschheit überhaupt. Und sie ist kein einmaliger Akt, sondern ein immerwährender Vorgang. Aber diese Grundtatsachen muß man sich klar sein, denn nur so gewinnt man zur Rationalisierungsfrage die richtige Einstellung. Der Rationalisierungsprozeß der Gegenwart unterscheidet sich von dem der Vergangenheit aber in seinem Ausmaß und in seinem Tempo. Was ist unter Rationalisierung zu verstehen? Das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit antwortet darauf folgendes:

Rationalisierung ist die Anwendung aller Mittel, die Technik und planmäßige Ordnung bieten, zur Hebung der Wirtschaftlichkeit und damit zur Steigerung der Gütererzeugung, zu ihrer Verbilligung und auch zu ihrer Verbesserung.

Die Unternehmer betrachten die Rationalisierung als ein technisches und betriebsorganisatorisches Problem. Ihr Bestreben ist, die Betriebe so auszubauen, daß mit möglichst wenigen Arbeitskräften bei den denkbar niedrigsten Löhnen eine große Warenmenge hergestellt werden kann. Wir haben Betriebe, die durch Aufstellung neuer Maschinen, Normierung und Typisierung der herzustellenden Gegenstände imstande sind, z. B. mit 20 Arbeitern die gleiche Menge zu erzeugen wie vor einem Jahr mit 50 Arbeitern. Das ist zweifellos ein großer Erfolg. Aber: „Wozu soll mir das Müß, wenn unvergönnt der Gebrauch ist?“ Die Betriebe sind rationalisiert, ihre Leistungsfähigkeit hat eine ungeahnte Steigerung erfahren, ihre Produktionskapazität kann aber nicht ausgenutzt werden, denn die Waren finden keine Käufer. Die Betriebe stehen zum großen Teil leer, auf den neuen Maschinen liegt dicker Staub. Das Volk kann heute bei weitem nicht soviel Waren kaufen, wie die Betriebe bei voller Beschäftigung liefern können. Aber nicht etwa deshalb, weil es keinen entsprechend großen Bedarf hat, der ist vorhanden, weil den breiten Massen fehlt die erforderliche Kaufkraft. Weil die Preise so hoch und die Löhne so niedrig sind, deshalb stoßt der Abzug, deshalb haben die Betriebe keine volle Beschäftigung, und deshalb liegen die Arbeiter auf der Straße.

Die Rationalisierung ist also nicht nur ein technisches und wirtschaftsorganisatorisches Problem. Die Produktionssteigerung ist notwendig, aber ebenso wichtig ist die Förderung des Güterverbrauchs. In der Gewerkschaftsdenkschrift über Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik heißt es daher:

„Der Zweck der Rationalisierung ist die Vermehrung nicht nur der Gütererzeugung, sondern auch des Güterverbrauchs, also die Erweiterung der Lebensmöglichkeiten für die Gesamtheit des Volkes.“

Die Rationalisierung führt zu einer weitgehenden Verbilligung der Produktion. Die Unternehmer denken aber nicht daran, nur auch die Preise entsprechend herabzusetzen. Der Gewinn wird zum Teil dazu verwendet, die Betriebe noch mehr zu rationalisieren. Das Ziel ist, noch mehr an Arbeitskräften und Löhnen zu sparen. Die Rationalisierung hat aber

nur dann einen wirtschaftlichen Sinn, wenn die Produktionskapazität voll ausgenutzt werden kann. In dem gleichen Maße, wie die Leistungsfähigkeit der Betriebe erhöht wird, muß die Kaufkraft der breiten Massen zunehmen. Die Kaufkraftsteigerung wird erreicht durch Herabsetzung der Preise und Erhöhung der Löhne. Die große Mehrheit der Unternehmer erklärt, das sei unmöglich, es ist aber doch möglich, und diejenigen Unternehmer, die es tun, machen dabei ein glänzendes Geschäft. Dafür zwei Beispiele aus der Praxis.

Der Möbelfabrikant A. gehört zu jenen Unternehmern, denen die Rationalisierung nur ein technisches und betriebsorganisatorisches Problem ist. Als einer der größten Möbelfabrikanten seit vielen Jahren bekannt, hat er den Ehrgeiz, einen modernen eingerichteten Betrieb zu besitzen. Wenn eine neue Maschine aufkommt, A. kauft sie sofort. Auch alle sonstigen Neuheiten auf dem Gebiete der Arbeitstechnik und des Materials finden in seinem Betrieb schnellstens Eingang. Die Betriebs-einteilung ist so, daß das Möbel ohne jeden Zeitverlust von Abteilung zu Abteilung wandert, es besteht eine regelrechte „Fließarbeit“. Es handelt sich also um einen durch und durch rationalisierten Betrieb. Da die Arbeitsteilung bis ins kleinste durchgeführt ist (es gibt Zeitarborte von 5 Minuten!), werden viele junge und angeleitete Kollegen beschäftigt. Das Unternehmen ist aber nur etwa zu zwei Drittel seiner Leistungsfähigkeit beschäftigt. Die Zahl der Arbeiter ist noch um 60 kleiner als im Sommer 1925. Da die Möbel einen guten Ruf haben, wäre es wahrscheinlich nicht schwer, mehr Aufträge hereinzubekommen, wenn mit den Preisen heruntergegangen würde. Dazu ist der Unternehmer angeblich nicht in der Lage, die uns vorliegenden Kalkulationen reden aber eine andere Sprache. Aber angenommen, er habe recht, hat er sich dann noch nicht mit der Frage beschäftigt, um wieviel die Produktionskosten insgesamt und pro Möbel zurückgehen werden, wenn der Betrieb voll beschäftigt ist?

Der Möbelfabrikant B. hat sich diese Frage vorgelegt, seine Antwort ist uns zwar nicht wörtlich bekannt, sie ergibt sich aber aus seinen Taten. Als die Wirtschaftskrise im Herbst 1925 mit Wucht einbrach, wurde ein Teil der 100 Mann starken Belegschaft entlassen. Bis dahin war der Betrieb voll beschäftigt. Der Unternehmer setzte nun mit einem Schlage bei Parzahlung die Preise um 25 Prozent herab. Der Erfolg war, daß die Aufträge nur so hereinströmten. Die entlassenen Arbeiter wurden wieder eingestellt, darüber hinaus Neueinstellungen vorgenommen, heute beschäftigt der inzwischen räumlich erweiterte Betrieb etwa 150 Tischler. Um mit den herabgesetzten Preisen auskommen zu können, ging der Unternehmer nun an eine planmäßige Rationalisierung des Betriebes. Zunächst wurden räumliche Veränderungen vorgenommen, um ein besseres Zusammenarbeiten der einzelnen Abteilungen zu erreichen. Dann wurden neue Maschinen angeschafft. Damit die Tischler nicht ständig in den Maschinensaal zu laufen brauchen, stehen in jedem Saal eine Bandsäge und eine Abriechtmaschine. Der Betrieb ist heute nicht nur in bezug auf die Rationalisierung, sondern auch finanziell auf der Höhe. Und was das wichtigste ist, er ist seit dem harten Preisabbau ständig voll beschäftigt, und der Unternehmer erzielt glänzende Gewinne.

Wer von den zwei Möbelfabrikanten ist der geschäftstüchtiger? Zweifellos der Unternehmer B. Er hat das Wesen und die Aufgaben der Rationalisierung richtig erfasst. Rationalisierung heißt bei ihm Steigerung und Verbilligung der Produktion, die ihren Ausdruck in der Herabsetzung der Verkaufspreise findet. Dabei macht nicht nur er ein glänzendes Geschäft, auch die Arbeiter finden vermehrte Beschäftigung. Die Rationalisierung so verstanden und so durchgeführt ist ein wirklicher wirtschaftlicher Gewinn.

## Arbeiterchaft und Weltwirtschaft.

Die Weltwirtschaftskonferenz hat ein Programm, das alle bedeutenden Fragen des modernen Wirtschaftslebens umfaßt. Aber alle diese Fragen, wie Tarife, Handelsverträge, Schlenkerkonkurrenz, internationale Verbände usw., sind Teilprobleme der großen Frage nach der Neuorientierung der europäischen Wirtschaft. Denn trotz des weltwirtschaftlichen Charakters der Konferenz sind es doch vor allem die Nöte der europäischen Wirtschaft, die den Anlaß zur Einberufung dieser Weltkonferenz gegeben haben. Das Problem, das vor der Konferenz steht, ist folgendes: Wie soll sich das über-industrialisierte und „überfüllte“ Europa in den Mechanismus der Weltwirtschaft einordnen, um seine Krise, die sich vor allem in einer riesigen Arbeitslosigkeit ausdrückt, zu überwinden? Und dann: Wie sollen sich die jungen, aufstrebenden, sich industrialisierenden überseeischen Länder zum alten europäischen Industriezentrum verhalten, um Europa wieder auf die Beine zu helfen? Denn es ist klar, daß ein zugrunde gehendes Europa eine kolossale Gefahr für die ganze Welt darstellt würde.

Schon die Möglichkeit der Einberufung einer solchen Konferenz mit einem gemeinschaftlichen Programm zeigt, daß das Gefühl der wirtschaftlichen Solidarität aller Völker gewaltig an Lebendigkeit gewonnen hat. In den ersten Nachkriegsjahren waren die führenden wirtschaftlichen Kreise fast aller Länder von dem nationalistischen Wahn beherrscht, daß das Gedeihen der eigenen Wirtschaft auf der Grundlage der Vernichtung der fremden Wirtschaft aufgebaut werden könne. Aus dieser Stimmung erwächst vor allem die Nachkriegspolitik der Siegerstaaten. Der Dawes-Plan ist schon gewissermaßen eine Abkehr von dieser verhängnisvollen Wirtschaftspolitik. Nun aber beginnt sich allmählich der Gedanke zu regen, daß die Wirtschaft eines jeden Staates in entscheidender Weise von der gesamten Weltwirtschaft abhängt. Die moderne nationale Volkswirtschaft eines jeden Industriestaates ist außerhalb des Rahmens der Weltwirtschaft eben überhaupt undenkbar. Die internationale Arbeitsteilung ist so weit durchgeführt, daß einzelne Volkswirtschaften nur als Teile eines großen Mechanismus zu betrachten sind. Dieser einfache Gedanke erringt in den letzten Jahren mehr und mehr Popularität. Die Ideen des Freihandels, des Abbaus der Hindernisse im internationalen Verkehr gewinnen wieder an Kraft und Bedeutung.

Daneben aber wird ein Gedanke lebendig, der neue Aus-sichten eröffnet: der Gedanke des bewußten Eingriffes in den Mechanismus der Weltwirtschaft, seiner Organisation. Dieser Gedanke, der dem Gedanken des Freihandels im gewissen Sinne entgegengesetzt ist, ist in die Weltwirtschaft von der Nationalwirtschaft hergekommen, denn diese letztere macht auch in der letzten Zeit eine Entwicklung vom freien zum organisierten Kapitalismus durch. Charakteristisch aber für diese Entwicklung der Nachkriegszeit ist, daß sowohl im Rahmen der National- wie der Weltwirtschaft nicht mehr der Staat der ausschlaggebende, regulierende Faktor wird, sondern die privaten kapitalistischen Organisationen.

Das hat für die Weltwirtschaft noch mehr Gültigkeit als für die einzelnen staatlich begrenzten Wirtschaften. Die Organisation der Weltwirtschaft liegt vorerst noch völlig in den Händen der internationalen Verbindungen des Kapitals. Und schließlich ist auch die ganze Weltwirtschaftskonferenz nichts anderes als ein Stelldichlein der Spitzen dieser Organisationen.

Aber damit ist ihr Charakter nicht erschöpft: Die Weltwirtschaftskonferenz zeigt auch Anlaß zu einer, wenn auch mangelhaften Vertretung anderer Interessen — der Interessen der Arbeiter und der Konsumenten. Und das ist sehr wichtig. Während im Rahmen des Staates die Parlamente jene Stätten sind, wo die einseitigen Bewegungen des Unternehmertums einer Kritik der Vertreter des Proletariats unterworfen und damit die öffentliche Meinung



hoch gegen die ihm zur Last gelegten Vergehen; das fällt uns nicht im Traume ein. Allerdings sind wir der Auffassung, daß Himmelsbach nicht der Verbrecher ist, als der er von Fernbach und Endres hingestellt wird. Unser Aufsatz war diktiert von der Sorge um die Existenz der Arbeiter, mit der Fernbach und Endres durch ihre Hege und die beteiligten Reaktionen durch den Bonkott ein frevelhaftes Spiel treiben.

Fernbach hat dafür natürlich kein Verständnis. Mit der ihm angeborenen Dreistigkeit behauptet er, die „Holzarbeiter-Zeitung“ stände im Dienste Himmelsbachs. Den Beweis dafür sieht er auch dadurch erbracht, daß die in Pöfnach erscheinende Unternehmerzeitung „Das Holz“ Teile aus unserem Aufsatz über den „Zusammenbruch der Himmelsbach A.G.“ schon abdrucken konnte, ehe er in der „Holzarbeiter-Zeitung“ verbreitet wurde. Das lasse erkennen, daß entweder direkte Fäden zwischen diesen beiden Blättern („Holzarbeiter-Zeitung“ und „Das Holz“) in der Himmelsbachsche gewirkt sind, oder daß irgendeiner aus dem Himmelsbachschen Troß schon vor Erscheinen der „Holzarbeiter-Zeitung“ Separatdrucke bekam, damit er die bei anderen Zeitungen zwecks Nachdrucks zu Himmelsbachs Diensten unterbringen könne.

Unsern Lesern gegenüber brauchen wir nicht erst die Versicherung abzugeben, daß zwischen uns und Himmelsbach oder der Unternehmerzeitung „Das Holz“ keinerlei Verbindungen bestehen. Weder Himmelsbach noch jemand anders aus dessen Lager hat bisher versucht, uns irgendwie zu beeinflussen. Von Herrn Fernbach können wir das nicht sagen. Er hat einmal den Versuch unternommen, in der „Holzarbeiter-Zeitung“ einen Aufsatz gegen Himmelsbach und damit für Fernbach unterzubringen. Aber damit hatte er selbstverständlich kein Glück. Fernbach ist natürlich nicht so dumm, daß er nicht wüßte, wie „Das Holz“ von unseren Ausführungen schon vor dem Erscheinungstag der „Holzarbeiter-Zeitung“ Notiz nehmen konnte. Er selber konnte es ja auch: Die „Holzarbeiter-Zeitung“ mit dem fraglichen Aufsatz trägt das Datum vom 7. Mai, der „Holzmarkt“ hat in seiner Nummer vom 6. Mai darauf Bezug genommen, also war sie bereits am 4., spätestens am 5. Mai in seinem Besitz. Also haben wir nicht nur mit dem „Holz“, sondern auch mit dem „Holzmarkt“ intime Beziehungen. Wir danken bestens. Mit dem Druck der „Holzarbeiter-Zeitung“ wird bereits fünf Tage vor dem Erscheinungstag begonnen, damit sie am Freitag jeder Woche in den Händen der etwa 1200 Verwaltungen ist. In die Post- und Streifenbandbezieher erfolgt die Überweisung in der Regel am Dienstag. Auf diese Weise erklärt sich, wie „Das Holz“ und der „Holzmarkt“ unseren Aufsatz schon abdrucken konnten, ehe er in der „Holzarbeiter-Zeitung“ verbreitet wurde.

Fernbach weiß das alles, aber wenn er nicht lügen und verleumden kann, fühlt er sich nicht wohl. Er sollte bei Ausübung seines Handwerks aber öfters an das alte Sprichwort denken: „Ein Lügner muß ein gut Gedächtnis haben.“

### Deutsche und amerikanische Unternehmervertreter in Genf.

Auf der Weltwirtschaftskonferenz in Genf hat der deutsche Delegierte, der Berliner Großindustrielle C. F. von Siemens, eine Rede gehalten, die ein Musterbeispiel für die Rückständigkeit der deutschen Unternehmer ist. Die von den Gewerkschaften erzwungenen Lohnerhöhungen führen zu einer Hemmung der sich anbahnenden besseren Konjunktur. Die Arbeitslosigkeit ist in der Hauptsache durch die plötzliche Verwertung der Arbeitskraft, also durch die Lohnerhöhungen, entstanden. Das sind zwei Blüten aus der „sachverständigen“ Rede. Der nach Siemens zu Worte gekommene amerikanische Unternehmer Henry Robinson hat von Siemens zwar nicht mit Namen genannt, aber doch sehr deutlich gemeint, als er ausführte:

„Die amerikanische Lohnpolitik ist nicht auf die Herabsetzung oder Niedrighaltung der Löhne und Gehälter gerichtet, sondern auf deren höchstmögliche Steigerung. Die Verbilligung der Produktion, um derenwillen man in anderen Ländern geneigt ist, die Löhne zu drücken, bemühe man sich in Amerika durch Rationalisierung der Betriebe, der Verwaltungsorganisationen und durch andere Ersparnisse zu erreichen.“

Ob Herr von Siemens über diese Antwort aus dem Munde eines Unternehmers erfreut gewesen ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Aber belehrt ist er bestimmt nicht worden, denn ist er zu sehr Scharfmacher.

### Wie die Innungen das Gesetz umgehen wollen.

Nach dem geltenden Recht werden gewisse Streitigkeiten zwischen Innungsmitgliedern und ihren Lehrlingen durch ein von der Innung gebildetes Organ entschieden. Das neue Arbeitsgerichtsgesetz bestimmt nun, daß dieses Organ in einem Ausschuss zu bestehen habe, „dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl angehören müssen“. Für manche Innungszöpfe ist die Bildung eines paritätischen Ausschusses an Stelle einer Körperschaft, in welcher die Innung allein entscheidet, schon peinlich. Dagegen läßt sich aber nichts machen, denn die Gesetzesbestimmung ist bindend.

Der gleiche § 111 des Arbeitsgerichtsgesetzes bestimmt weiter, daß der von diesem Ausschuss gefällte Spruch mit dem beim zuständigen Arbeitsgericht angefochten werden kann. Wenn die Abficht besteht, in dem Ausschuss wirklich zu sprechen, dann braucht die Berufungsfähigkeit der

## „Nationale Wirtschaftspolitik“ gleich Vollsbevölkerung.



Der Bürgerblock geht jetzt an die Durchführung seiner „nationalen Wirtschaftspolitik“. Was darunter zu verstehen ist, zeigen die Forderungen des Reichsernährungsministers Dr. Schiele, nämlich: Zollerhöhungen für Getreide, Kartoffeln, Zucker und andere Lebensmittel. Schiele reißt mit seinen Forderungen im Lande herum und findet natürlich den stürmischen Beifall der Agrarier. Die deutschen Getreidepreise standen zeitweilig sehr niedrig, seit langer Zeit stehen sie aber weit über dem Weltmarktniveau. Deutschland hat nur noch unbedeutende Vorräte an Getreide. Nach der letzten Vorratsstatistik des Landwirtschaftsrats vom 15. März betrug damals die Brotgetreidevorräte nur noch 800 000 Tonnen, das sind knapp 9 Prozent der letzten Ernte. Das Bekanntwerden dieses Berichts führte auf dem Getreidemarkt zu einer stürmischen Hausse. Der Roggenpreis stieg seit dieser Zeit um etwa 30 Mk., der Weizenpreis um etwa 40 Mk. je Tonne. Aber die Entwicklung der Berliner Großhandelspreise für Getreide und Mehl unterrichtet folgende Zusammenstellung:

		Großhandelspreis in Berlin in Mark					
		1913		1927			
		5. 1.	16. 2.	30. 3.	7. 5.	12. 5.	
Roggen . . .	Tonne	158,40	235,60	250,50	252,50	275,—	278,—
Weizen . . .	Tonne	191,—	264,60	266,—	268,50	310,50	306,—
Roggenmehl	100 kg	20,85	33,75	35,45	34,88	36,50	38,10
Weizenmehl	100 kg	26,90	36,—	36,25	35,63	38,25	39,50

Zu gleicher Zeit, wo der Roggen in Berlin 275 Mk. kostete, stellte sich der Preis in Chicago auf 179 Mk., und der Weizen-

preis betrug in Berlin 310,50 Mk., in Newyork 244,90 Mk., in Chicago 218,70 Mk. und in Buenos Aires 214,20 Mk. Deutschland hat also die höchsten Getreidepreise. Dem Bürgerblock sind sie aber noch lange nicht hoch genug. Die Referendpreise, die jetzt erzielt werden, kommen nur den Großagrariern zugute. Der Landwirt hat sein Getreide bereits vor Monaten verkauft, zu einer Zeit, wo die Preise noch einen normalen Stand hatten. Ein weiterer Ruignischer der sprunghaft gestiegenen Preise sind die Mühlen. Sie legen dem Mehlpreis die heutigen Getreidepreise zugrunde, obwohl sie das Getreide wesentlich billiger eingekauft haben. Dabei erzielen sie große Übergewinne. Die höheren Getreide- und Mehlpreise führen nun auch zu einer Erhöhung des Brotpreises.

Die Reichsregierung rührt natürlich keinen Finger, um dieser unheilvollen Entwicklung entgegenzutreten. Der Reichsernährungsminister will im Gegenteil die Getreidepreise noch mehr in die Höhe treiben. Das ist selbst den Industriellen zuviel. Ihr Protest richtet sich aber selbstverständlich nicht gegen die Wucherpolitik überhaupt, sondern nur gegen „die einseitige Bevorzugung der Landwirtschaft“. Mit anderen Worten, wenn der Bürgerblock auch den Industriellen höhere Profite auf Kosten des Volkes verspricht, dann unterstützen diese die Zollforderungen für Lebensmittel mit höchster Begeisterung. Und so wird der „Konflikt“ zwischen den Industriellen und dem Bürgerblock schließlich enden. Wenn es gilt, das Volk zu bewahren, da sind die Agrarier und die Industriellen ein Herz und eine Seele. Und der Bürgerblock gibt diesem Treiben die Weihe!

Entscheide die Innungen nicht weiter zu genieren. Diese wollen aber durchaus eine Extrawurst, und deshalb haben sich gewisse, von den Handwerkskammern bezahlte Juristen den Kopf darüber zerbrochen, wie man dem Gesetz ein Schnippchen schlagen und Rechtsstreitigkeiten, die der Gesetzgeber den Arbeitsgerichten zuweisen will, diesen entziehen kann. Mit diesem Problem hat sich die Konferenz der westdeutschen Handwerkskammern beschäftigt, die am 15. März in Wiesbaden tagte.

Nach dem dort erstatteten Bericht eines Herrn Dr. Deusch hat sich die Rechtskommission intensiv mit der Frage beschäftigt, und sie ist zu dem Ergebnis gekommen, die gesetzliche Zuständigkeit des Arbeitsgerichts durch den Lehrvertrag auszuschließen. Nach dem Vorschlag der Rechtskommission beschloß die Konferenz, in die Lehrverträge folgende Bestimmung aufzunehmen: „Über Streitigkeiten aus diesem Lehrvertrag entscheidet der gemäß § 111, Ziffer 2 A.G.G. gebildete Ausschuss der zuständigen Innung. Unter Verzicht auf den weiteren Rechtsweg unterwerfen sich die Parteien dem Spruch dieses Ausschusses.“

Wir lassen es dahingestellt, ob eine solche Bestimmung im Lehrvertrag rechtswirksam ist. Jedenfalls dürfte es Aufgabe der Aufsichtsbehörde sein, den ehrbaren Meistern klarzumachen, daß es nicht zu den Aufgaben der Handwerkskammern gehört, auf krummen Wegen die Wirksamkeit gesetzlicher Bestimmungen auszuschalten.

### Schafft neue Kaufkraft!

Unter dieser Überschrift wendet sich Dr. Fr. Dejon in der „Völkischen Zeitung“ an die deutschen Unternehmer. Er schreibt unter anderem:

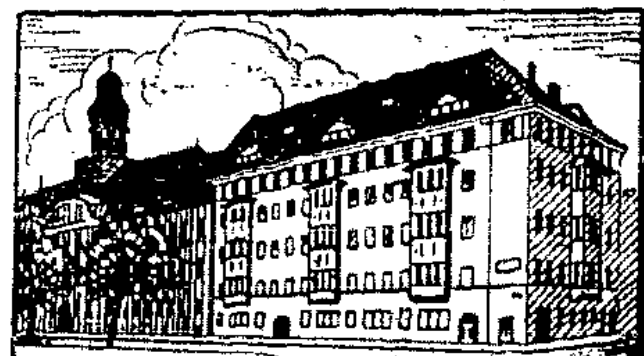
„Man mag die neuen, allenthalben erhobenen Lohnforderungen, je nachdem man sich von sozialen oder produktions- und preispolitischen Rücksichten leiten läßt, für berechtigt halten oder nicht, die Tatsache besteht jedenfalls, daß nach den

gewiß vorsichtigen und eher zu niedrigen Berechnungen des Statistischen Reichsamtes die Lebenshaltungskosten seit 31. Dezember 1925 eine Steigerung von 141,2 Prozent auf 144,9 Prozent erfahren haben, während sich im gleichen Zeitraum die Stundenlöhne der gelernten und ungelerten Arbeiter nur um 0,9 Prozent bzw. 1,2 Prozent erhöht haben.

Die Stärkung des Binnenmarktes bedeutet doch Stärkung der Massentaufkraft, also Steigerung der Löhne und Gehälter. Die deutsche Industrie hat in der Technisierung der Betriebe so viel Mustergültiges von amerikanischer Wirtschaftsführung und Rationalisierung übernommen, von Ford das laufende Band usw.; warum versucht man es nicht einmal mit der Ford'schen Methode, durch Senkung der Preise neuen Kaufreiz auszuüben und durch höhere Löhne gesteigerte Kaufkraft zu schaffen?

Der Einwand, daß ein kapitalarmes Land sich einen solchen „Luxus“ nicht leisten könne, ist nicht stichhaltig. Deutschland leidet ja nicht so sehr an Kapitalarmut als an falscher Kapitalverteilung. Die Tendenz geht nach Kapitalakkumulation, und diese ist dann, aber auch nur dann, in solchem Ausmaße volkswirtschaftlich nützlich und notwendig, wenn die mit der starken Kapitalansammlung ermöglichte Rationalisierung und fortschreitende Technisierung in einer Vermehrung, Verbesserung und Verbilligung der Produktion bzw. höheren Löhnen zum Ausdruck kommt. Eine Vermehrung und damit eine Verbilligung der Produktion ist aber nur möglich, wenn für die Mehrherzeugung ein ausnahmefähiger Absatzmarkt vorhanden ist. Da sich das Ausland gegen eine deutsche Wareninvasion abriegelt, bleibt also, wie ein Teil der Unternehmerschaft folgerichtig erlaunt hat, nur die Stärkung des Inlandmarktes.“

Die Ausführungen des Herrn Dr. Dejon treffen durchaus zu, bei den Unternehmern wird er trotzdem keinen Anklang finden. Die Arbeiter müssen nach wie vor um jeden Pfennig Lohnerböschung kämpfen.



# Aus dem Verbandsleben



## Das Kostgeld der Lehrlinge.

Als der Handwerkslehrling noch ausnahmslos mit dem Beginn der Lehre in das Haus des Meisters einzog und so in die Familie des Meisters aufgenommen wurde, erhielt er neben der freien Station ein kleines wöchentliches Taschengeld. Mit der fortschreitenden Industrialisierung veränderte sich auch das Verhältnis des Lehrlings zu seinem Meister. War früher der Übergang des Lehrlings in den Haushalt des Lehrmeisters das übliche, so bildet ein solches Verhältnis heute die Ausnahme. Der Lehrling bleibt heute im Hause seiner Eltern wohnen, diese sorgen für seinen Unterhalt und seine Bekleidung. Als Abgeltung für die Verschiebung der Lastenverteilung von den Schultern des Lehrmeisters auf die Schultern der Eltern zahlt der Lehrmeister dem Lehrling ein sogenanntes wöchentliches Kostgeld. Vorsichtige Lehrmeister sagen „Erziehungsbeihilfe“, weil wegen der Geringfügigkeit der gezahlten Summe der Name „Kostgeld“ nicht gerechtfertigt erscheint.

Man kann daraus erkennen, daß die Lehrmeister es sehr gut verstanden haben, im Laufe der Zeit die Lasten der Berufsausbildung der Lehrlinge von sich auf die Eltern abzuwälzen. Die Unterhaltskosten, die früher für den Lehrling, der Kost und Logis beim Meister erhielt, für den letzteren ziemlich erheblich waren, sind heute durch das Kostgeld sehr niedrig. In Berlin werden z. B. gegenwärtig als Kostgeld gezahlt: im 1. Lehrjahr 3 Mk., im 2. Lehrjahr 5 Mk., im 3. Lehrjahr 7 Mk. und im 4. Lehrjahr 10 Mk. Die Eltern können mit diesen geringen Summen selbstverständlich den in der körperlichen Entwicklung stehenden jungen Menschen nicht erhalten. Sie sind gezwungen, große Opfer zu bringen. Ist es gerechtfertigt, den Eltern, die fast ausnahmslos den minderbemittelten Schichten der Bevölkerung angehören, dieses Opfer zuzumuten?

Das Unternehmertum hat ein großes Interesse daran, einen Nachwuchs im Beruf heranzubilden, das verlangt der Selbsterhaltungstrieb. Der einzelne Unternehmer soll deshalb an der Lehrlingsausbildung nicht verdienen. Es ist aber doch wohl so, daß ein Lehrling, der in den ersten Monaten mehr Unkosten verursacht, als er einbringt, später doch für den Lehrmeister erheblichen Nutzen bringt. Aber selbst wenn der Lehrmeister überhaupt keine Vorteile vom Lehrling hätte, was aber in der Praxis nie zutrifft, müßte eine Erhöhung des Kostgeldes einsehen, um den Eltern die Lasten zu erleichtern. Es ist durchaus berechtigt, zu verlangen, daß die Unternehmer für die Ausbildung des Nachwuchses Opfer bringen; haben sie doch später den Facharbeiter, der ihnen die Arbeiten anfertigt, von deren Nutzertrog sie leben.

Interessant ist, daß die Landesversicherungsanstalt Berlin Ende März d. J. den Wert einer freien Station für Lehrlinge mit Wirkung vom 1. Februar 1927 von 25 Mk. auf 48 Mk. monatlich festgelegt hat. Im einzelnen verteilen sich die genannten Summen auf den Tag wie folgt: 1. Wohnung 15 Pf., 2. Heizung und Beleuchtung 16 Pf., 3. erstes Frühstück 10 Pf., 4. zweites Frühstück 20 Pf., 5. Mittagessen 60 Pf., 6. Besper 10 Pf., 7. Abendessen 35 Pf., insgesamt pro Tag 1,60 Mk. Diese Summe ist, wie jede Hausfrau weiß, sehr niedrig angesetzt. Man vergleiche aber diese Summe mit den gegenwärtig gezahlten Kostgeldbeträgen. Das Verlangen nach einer zeitgemäßen Erhöhung der Kostgeldsätze muß deshalb immer wieder erhoben werden. Besonders sollten die Gesellen- und Lehrlingsvereine der Innungen und Handwerkskammern bei ihren Körperchaften darauf dringen, daß die herausgegebenen Maßsätze den berechtigten Ansprüchen der Eltern und Lehrlinge entsprechen.

## Vertrags- und Lohnabschluß im östlichen Westfalen.

Im Bezirk Südliches Westfalen hatten sich die Unternehmer in den ersten Monaten des Jahres 1926 jeder tarifvertraglichen Bindung entledigt; sie hatten sowohl Lohnabkommen mit Vertrag gekündigt. Die Folge davon war ein wildes Durcheinander in der Entlohnung und den sonstigen Arbeitsverhältnissen. Ein Teil Betriebe zahlten die alten Löhne unwillig weiter, der größte Teil aber mußte die schlechte Zeit in schuldlosloser Leiharbeit überdauern.

Das ist ein neuer Vertrags- und Lohnabschluß erfolgt. In den Ostwestfälischen des neuen Vertrages ist der bisherige Vertrag gekündigt. Die Folge davon war ein wildes Durcheinander in der Entlohnung und den sonstigen Arbeitsverhältnissen. Ein Teil Betriebe zahlten die alten Löhne unwillig weiter, der größte Teil aber mußte die schlechte Zeit in schuldlosloser Leiharbeit überdauern.

## Vertragsabschluß in Stettin.

Der Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe zu Stettin ist dem Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe nicht angeschlossen. Mit ihm mußten deshalb besondere Verhandlungen geführt werden. Es wurde ein Lohnabkommen getroffen, nach welchem die Löhne ab 25. April um 5 Pf., ab 1. Oktober um weitere 3 Pf. erhöht werden. Damit steigt der Vertragslohn der Baustischler auf 103 Pf. und 106 Pf., der Möbel Tischler auf 95 Pf. und 98 Pf. Die Verhandlungen über den Mantelvertrag sind noch nicht abgeschlossen.

Für die Sägewerke ist ein neuer Vertrag abgeschlossen worden. Er setzt die 48stündige Arbeitszeit fest; für Überstunden 25 Prozent Zuschlag. Ferien drei bis sechs Tage. Die Löhne werden sofort um 5 Pf., ab 1. Juli um einen weiteren Pfennig erhöht. Damit steigt der Spitzenlohn der Gatterschneider auf 68 Pf. Vertrag und Lohnabkommen gelten bis 31. März 1928.

## Vertrags- und Lohnvereinbarungen in Hamburg.

Mit den beiden im Hamburger Sägewerke bestehenden Unternehmerverbänden wurde, nachdem zum 1. April der Rahmenvertrag gekündigt war, eine neue Vereinbarung getroffen. Es gelang, die Ferien, die bisher nach zwölfmonatiger Beschäftigung vier Tage betragen, dahin zu erweitern, daß nach sechsmonatiger Beschäftigung zwei Tage, nach zwölfmonatiger vier und nach 18monatiger Beschäftigung sechs Tage gewährt werden. Die Arbeitszeit beträgt 48 Stunden wöchentlich, jedoch kann Mehrarbeit bis zu 52 Stunden wöchentlich vereinbart werden. Für diese Mehrarbeit gab es bisher 20 Prozent, für Nacht- und Sonntagsarbeit 40 Prozent Zuschlag. Der letztere Satz wurde auf 50 Prozent erhöht. Aber die Erhöhung des Zuschlages für Überstunden auf 25 Prozent konnte eine Verständigung noch nicht erzielt werden, hierüber soll später der Schlichtungsausschuß entscheiden. Die bisherige Schlüsselbildung für den Lohn wurde beibehalten. Die Vertragsdauer läuft vom 1. April d. J. bis zum 31. März 1928 und jeweils ein Jahr weiter, wenn nicht sechs Wochen vorher gekündigt wird. Die Löhne werden ab 15. April und 1. Oktober erhöht: Für Gruppe A (Schneidmüller usw.) von 91 Pf. auf 97 Pf. und 100 Pf.; für Gruppe B (Arcisräger usw.) von 86 Pf. auf 92 und 95 Pf.; für Mag- und Hilfsarbeiter von 84 Pf. auf 89 und 92 Pf.; für Hilfsarbeiterinnen von 53 Pf. auf 56 und 58 Pf.

Für die Stockmachei wurde nach kurzem Streik am 5. Mai eine Vereinbarung getroffen, nach welcher der Tariflohn der über 20 Jahre alten Arbeiter ab 15. April von 100 Pf. auf 105 Pf., ab 30. September auf 108 Pf. erhöht wird. Für Arbeiter unter 20 Jahren beträgt die Erhöhung 4 Pf. und 2 Pf.; für Arbeiterinnen 3 Pf. und 2 Pf. Um den gleichen Betrag werden die bestehenden Löhne erhöht. Die Akkordsätze werden um 5 bzw. 3 Prozent erhöht. Das Abkommen gilt bis 1. März 1928.

Die Lohnbewegung der Ristenmacher wurde durch einen Spruch des Schlichtungsausschusses beigelegt, der von beiden Parteien angenommen wurde. Hiernach erhöhen sich die Löhne an der Spitze ab 28. April um 4 Pf., ab 1. Oktober um weitere 2 Pf. Das Abkommen gilt bis 31. Dezember. Der bisherige Rahmenvertrag ist vorläufig verlängert, er gilt bis zum Abschluß des neuen, über den noch verhandelt wird.

Für die Zigarrenkistenindustrie wurde ein bis zum 31. März 1928 geltendes Abkommen getroffen, wonach der Vertragslohn ab 1. Mai um 4 Pf., ab 1. Oktober um weitere 2 Pf. erhöht wird. Die Akkordbasis wird zu den gleichen Terminen um 3 bzw. 2 Pf. erhöht.

## Neue Mühlenbäuerlöhne in Hamburg.

Die im Stadtgebiet Hamburg befindlichen fünf Mühlenbauanitalen, die zusammen etwa 150 Holzarbeiter beschäftigen, haben für die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zweierlei Maßstäbe: Die allgemeinen Arbeitsbedingungen richten sich nach denen in den sogenannten Landbetrieben des Verbandes der Eisenindustrie, ohne daß unter Verband formell dem mit dem Metallarbeiter-Verband vereinbarten Vertrag angeschlossen ist. Für den Lohn gelten als Richtlinien die Löhne des Holzgewerbes. Für den Verband der Eisenindustrie war es nicht selbstverständlich, den Holzarbeitern diese Regelung zu bewilligen. Es bedurfte in den Nachkriegsjahren oftmaliger und langer Kämpfe, um dem Verband der Eisenindustrie dieses Zugeständnis abzutringen. Nochmals aber zwang er die Mühlenbäuer unter den damals außerordentlich niedrigen Metallarbeiterlöhnen, das war um die Wende 1923/24. Aber schon im gleichen Jahre wurde ein wesentliches Stück unter ständiger Kampfbereitschaft wieder aufgehoben. Im Verfolg der jetzt beendeten Lohnbewegung des Holzgewerbes wurde

*Wit Lefmann in der Nummer ist am 21. Wofanbrüder föllig*

an den Verband der Eisenindustrie wiederum die Forderung gestellt, den Mühlenbauern die gleichen Lohnzulagen zu gewähren, wie sie im Holzgewerbe vereinbart sind. Ohne besondere Verhandlungen wurde dem diesmal stattgegeben, so daß der Akkordverrechnungssatz, auf dem sich dann die Akkordverdienste aufbauen, bis zum 1. Oktober 1,08 Mk. um von da an 1,11 Mk. beträgt. Der Akkordabschlag beträgt 1,03 bzw. 1,06 Mk. Die Mühlenbäuer gehören bis auf den letzten Mann dem Verbands an und sind eine streng disziplinierte Truppe.

## Lohnvereinbarungen in Harburg.

In der Harburger Stock- und Stuhlrohrfabrik S. C. Mener werden in der Regel etwa 400 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, seit 1 1/2 Jahren wird verkürzt gearbeitet. Durch ein jetzt abgeschlossenes neues Lohnabkommen wurden die Stundenlöhne um 6 Pf., die Akkordsätze um 8 Prozent erhöht. Die Akkordverrechnungsbasis beträgt Stundenlohn plus 20 Prozent (bisher 15 Prozent). Das Abkommen ist am 1. Mai in Kraft getreten und gilt bis 31. Dezember.

Mit der Firma Mende u. Co., Bürstenfabrik, ist nach mehrmaliger Verhandlung und nachdem ein Schiedspruch des Schlichtungsausschusses, der keine Erhöhung der Akkorde brachte, von unserer Seite abgelehnt war, ein neues Lohnabkommen abgeschlossen worden. Die Löhne erhöhen sich für angeleitete Arbeiter von 73 auf 78 Pf., für Hilfsarbeiter von 65 auf 70 Pf., für Facharbeiterinnen von 43 auf 46 Pf. und für Hilfsarbeiterinnen von 34 auf 36 Pf. in der Spitze. Sämtliche Akkordtariffsätze werden um 5 Prozent erhöht. Das Abkommen ist am 6. Mai in Kraft getreten und läuft bis zum 31. März 1928.

## Erfolgreicher Streit in Lübeck.

Mit der Bürstenfabrik Schacht u. Co. wurde nach einem zweiwöchigen Streit ein neues Abkommen getroffen, wonach die Löhne der Zeitlohnarbeiter und Arbeiterinnen um 4 Pf. erhöht werden. Die Akkorde erhöhen sich für Männer um 5 Prozent, für Frauen um 6 1/2 Prozent. Demnach betragen die Löhne für angeleitete Arbeiter 77 Pf., Akkordbasis 80 Pf., für Hilfsarbeiter 73 Pf., für Facharbeiterinnen 46 Pf., Akkordbasis 53 Pf., und für Hilfsarbeiterinnen 44 Pf. Bei Lohnarbeit erhalten zu diesen Löhnen die Arbeiter und Arbeiterinnen nach zweijähriger Beschäftigung im Betriebe einen Zuschlag von 5 Prozent. Ferien werden gewährt nach einjähriger Beschäftigung drei Werktagen, steigend nach jedem Jahr um einen Tag bis zu acht Werktagen nach sechsjähriger Beschäftigung. Überstunden werden mit 25 Prozent Zuschlag bezahlt. Diese Vereinbarung gilt bis zum 31. Dezember.

## Lohnabkommen für das Sägewerke in Hessen.

Für das süd hessische Sägewerke wurde am 2. Mai eine Vereinbarung getroffen, nach welcher der Spitzenlohn ab 15. April von 75 Pf. auf 78 Pf., ab 30. September auf 81 Pf. erhöht wird. Das Abkommen für das Sägewerke in Oberhessen bringt ab 2. Mai eine Steigerung des Lohnes von 64 auf 68 Pf., ab 1. Oktober auf 70 Pf. Beide Abkommen gelten für ein Jahr.

## Lohnabkommen für die Bleistift- und Pinselindustrie in Nürnberg.

Nach vergeblichen Verhandlungen zwischen den Vertretern unseres Verbandes und dem Verband der Bleistift- und Pinselindustrien und verwandten Industrien in Nürnberg kamen die Parteien überein, den Streit vor einem Schiedsgericht zum Austrag zu bringen. Der am 4. Mai vom Schlichtungsausschuß gefällte Schiedspruch erhöhte den Vertragslohn für den Facharbeiter über 24 Jahre in der Ortsklasse A ab 9. Mai auf 80 Pf., ab 3. Oktober auf 82 Pf. Unsere Kollegen lehnten den Schiedspruch ab, die Unternehmer nahmen ihn an und beantragten die Verbindlichkeitserklärung. Darauf fanden am 11. Mai Verhandlungen vor dem Schlichter statt. Eine Entscheidung wurde hier nicht gefällt, sondern eine Vereinbarung getroffen, nach welcher der Vertragslohn ab 9. März auf 82 Pf. erhöht wird. In gleicher Weise werden die bestehenden Löhne und die Akkordsätze erhöht. In einer im Anschluß an die Vereinbarung getroffenen „Feststellung“ wird gesagt, daß die Lohnregelung für alle der Unternehmerorganisation angeschlossenen Betriebe Geltung hat. Die Arbeit in den bestreikten Betrieben wird spätestens am 13. Mai aufgenommen; Maßregelungen finden nicht statt.

**Potsdam.** Durch Unglücksfall kam unser langjähriger Mitglied und treuer Verbandskollege, der Tischler Fritz Schiol, ums Leben. Er war noch einer von der alten Garde. Trotz seiner 66 Jahre stand er noch in den vorderen Reihen der Holzarbeiter Potsdams, immer bereit, im Dienste der Organisation zu wirken. Längere Zeit war er in der Ortsverwaltung als Kassierer tätig, stets war er den Kollegen ein leuchtendes Vorbild ausopfernder Hingabe und Pflichterfüllung. Mit treuer Liebe hat er die Arbeiterbewegung Potsdams gefördert. Er wird uns unergänzlich bleiben.



Die Pinfelfabrik Friedrich Beck in Nürnberg erkennt an, daß der Betrieb im letzten Jahre einen bedeutenden Aufschwung genommen hat und fürs Inland und Ausland stark beschäftigt ist.

Ehrlich unzufrieden mit den Verhältnissen ist die Firma W. Kraus in Berlin. Sie klagt das allgemeine Klagenlied. Der Steuerloch treibt die Firmen in den Bankrott, und jede Pleite zieht andere nach sich.

Aus den Urteilen kann man ruhig schließen, daß sich der Geschäftsgang gehoben hat, und daß mit einem weiteren Aufsteigen der Konjunktur gerechnet wird.

Unterm medienburgischen Wappen.

Unter den Unternehmern im geeigneten Lande Mecklenburg gibt es noch manche, die dem Wappentier des Landes Ehre zu machen glauben, wenn sie sich kräftig gegen das vorwärtsrollende Rad der Zeit stemmen.

Ein Exemplar dieser Gattung ist der Sägewerksbesitzer Wilhelm Lehmann in Deterow in Mecklenburg. In seinem Betrieb wird es mit der Arbeitszeit nicht sehr genau genommen.

Ihre Zeitschrift vom 3. d. M. empfang ich soeben, und habe ich mit Interesse den Inhalt Ihres Schreibens studiert. Was Sie mir da erzählen wollen, ist großer Wohlstand, ich weiß genau, wie weit ich zu gehen habe, und werde genau nach den bestehenden Gesetzen handeln.

Auf welche Weise die Arbeitermassen belogen und betrogen werden, ergibt die „Mecklenburger Warte“ vom 24. April d. J. (lt. Anlagen). Studieren Sie diesen Artikel recht eingehend, damit Sie Ihre Tätigkeit mal schwarz auf weiß vor Augen haben.

Daß Herr Lehmann auch noch eine Nummer der „Mecklenburger Warte“ bei ein abstruses witziges Blatt, das Lehmann sich so aber offenbar mit großer Freude, die Warte, als wenn man in seinem Schreiben, die fragliche Nummer enthält in großer Zustimmung einen Artikel, in welchem irgendein Karikaturist sein bißchen Verstand an dem in der „Holzarbeiter-Zeitung“ veröffentlichten Rückblick unseres Verbandes auf das Jahr 1926 läßt.

Daß die ihr Wissen aus solchen Quellen schöpfen, sind wirklich zu bedauern. Wir geben aber die Hoffnung nicht auf, daß Herr Lehmann in Deterow seine wunden Seiten noch durch ein für menschlichen Augen empfindlich wird.

Gewerkschaftsbewegung

Die internationale Gewerkschaftsbewegung.

Es ist im Wesen der Sache begründet, daß internationale Übersichten über die Gewerkschaftsbewegung erst zu einer Zeit erscheinen können, wenn die Zahlen, die sie enthalten, bereits veraltet sind.

Karl Legien hat als internationaler Sekretär mit dem Aufbau einer internationalen Gewerkschaftsstatistik begonnen, und er wußte manches von den Schwierigkeiten zu erzählen, die er zu überwinden hatte.

Von dem Jahrbuch, das dreisprachig gehalten ist (englisch, deutsch, französisch) ist erst der erste Teil erschienen, der die statistischen Daten enthält.

Die Zahl der Mitglieder in den angeschlossenen Verbänden betrug Ende 1923 15 316 127 in 835 Verbänden. Bis Ende 1924 hatte sich die Zahl der Verbände auf 884 gesteigert, aber die Zahl der Mitglieder war auf 13 133 004 zurückgegangen.

In der nachfolgenden Übersicht sind die angeschlossenen Landeszentralen mit der Zahl der am Schluß der drei Jahre vorhandenen Mitglieder aufgeführt.

Table with 4 columns: Land, Mitgliederzahl am Ende des Jahres 1923, 1924, 1925. Rows include Deutschland, Großbritannien, Österreich, Belgien, Schweden, Tschechoslowakei, Dänemark, Spanien, Italien, Polen, Niederlande, Schweiz, Ungarn, Kanada, Argentinien, Rumänien, Jugoslawien, Palästina, Lettland, Bulgarien, Luxemburg, Memelgebiet, Südafrika, and a total row.

Aus den Fußnoten zu der Tabelle ergibt sich, daß bei Bulgarien und Italien die alten Zahlen wiederholt wurden, weil neue nicht zu erlangen waren, und Südafrika hat für 1925 keine Angaben gemacht.

Neben der internationalen Verbindung der Landeszentralen bestehen noch 26 internationale Berufssekretariate, für welche der Internationale Gewerkschaftsbund in Amsterdam gleichfalls die organisatorische Spitze ist.

In unserer Übersicht haben wir die Länder nach der Zahl der angeschlossenen Mitglieder am Schluß des Jahres

1925 geordnet. Das gibt aber kein richtiges Bild von der relativen Stärke der Organisation in dem einzelnen Land. Ein solches wäre auch nur zu erlangen, wenn man auch die Zahl der Mitglieder der Organisationen hätte, die dem Internationalen Gewerkschaftsbund nicht angeschlossen sind.

Zusammenschluß der Verbände der Hutarbeiter und der Beleidigungsarbeiter.

In einer kürzlich abgehaltenen Beiratsversammlung des Beleidigungsarbeiter-Verbandes wurde den Richtlinien, die der Hutarbeiter-Verband für eine vorzunehmende Verschmelzung aufgestellt hatte, zugestimmt.

Bücher und Zeitschriften

Alle nachstehend angezeigten Bücher können durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH, Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

Industrielle Unfallverhütung auf der Grundlage der wissenschaftlichen Betriebsführung. Von Dr. Hans A. Martens. Etwa 100 Seiten Oktav mit 15 Abbildungen. Preis gebunden 2,50 Mk.

Färbe- und Vollendungsarbeiten. Von F. v. Schullk. Direktor der Fachschule in Erbach i. N. Zweite Auflage. Band 357 der Bibliothek der gesamten Technik.

Im Schweiß des Angeichts. Eine Einführung in die gesellschaftliche Organisation der Arbeit. Von Dr. Julius Eisenstädter. 96 Seiten mit 17 Abbildungen im Text.

Die Regulierung der Kinderzahl. Von Otto Altmann. Preis 1 Mk. Zu beziehen durch den Verlag „Arbeiterwelt“, Berlin-Neukölln 15.

Deutsche Bodenreform, Arbeit und Aufgaben betitelt sich das soeben erschienene 84. Heft der von Dr. Adolf Damaßke herausgegebenen „Sozialen Zeitschriften“.



Es muß auch solche Säuze geben.

Daß der Redakteur eines Blattes, das sich rühmt, das Verkündungsblatt von anderthalb Duzend Organisationen zu sein, in diesem Blatt einen Werbefeldzug für den Austritt aus der Organisation führt, hat zum mindesten den Reiz der Originalität für sich.

Viel Neues weiß natürlich Fernbach nicht mehr zu sagen. Daß er die „Holzarbeiter-Zeitung“ anempfiehlt, nehmen wir nicht übel, das gehört bei ihm zum guten Ton.

Wir stellen das mit Vergnügen fest, denn es ist uns nur erwünscht, wenn auch die Unternehmer von unseren Auffäßen Kenntnis erhalten.

Daß Herr Fernbach es peinlich empfindet, wenn besagter Syndikus und der Vorsitzende des Brandenburgischen Arbeitgebersvereins ihr ausdrückliches Einverständnis mit dem Artikel der „Holzarbeiter-Zeitung“ aussprechen, ist verständlich.

Zu dem übrigen Schmus, den Fernbach in seinem langen Artikel verzapft, ist nicht viel zu sagen. Er freut sich, daß die Mitgliederzahl des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes im Jahre 1926 zurückgegangen ist.

Spekulation auf den Verfall des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes; diese Spekulation ist ebenso faul wie Feinerzeit die gewisser Zeitungsverleger in der ostpreussischen Sägewerksindustrie.

Es mag schon sein, daß es da und dort noch Unternehmer gibt, denen das Maul wässert, wenn ihnen Fernbach pathetisch zuruft: „Wer wollte außerdem den einzelnen Unternehmer zwingen, mit den Funktionären der Gewerkschaften als fremden Leuten zu verhandeln?“

Es gehört tatsächlich eine gewisse Mut dazu, in dieser Zeit gegen die Organisation zu predigen. „Mut zeigt auch der Mameluck“, sagt schon Schiller, und Fernbach läßt sich von keinem Mamelucken beschämen.

Berufszugehörigkeit der Mitglieder am Jahreschluß 1926

Table with columns for Branch (Branche), Gender (Geschlecht), Age (Alter), and Membership Status (Zugehörigkeit). Rows list various professions like Tischler, Drechler, etc., across different regions like Ostpreußen, Silesien, etc.

Büroarbeiter: Sum möglichst baldigen Eintritt wird für das Hauptbüro der Zentralstellen u. Geschäftsstellen der Arbeiter in Hamburg 19, Bismarckstr. 36, ein gesucht.

Geim- u. Furnieröfen: Fertige als Spezialität (Preis gratis) Gebr. Bettinger, Freiburg i. B. 1

Tischlerschule: Blankenburg am Harz Ausbildung als Meister, Techniker u. Ingenieurtechn. Programm geg. Rückg.

Bochenendinteressenten! Anfang Juni erscheint: Das ideale Holzhaus

Verlässliche Vorlagen für Holzhäuser, Wochenendhäuser, Wohnlauben und Verkaufshallen

Das ideale Holzhaus: Verlässliche Vorlagen für Holzhäuser, Wochenendhäuser, Wohnlauben und Verkaufshallen

Das ideale Holzhaus: Verlässliche Vorlagen für Holzhäuser, Wochenendhäuser, Wohnlauben und Verkaufshallen

Das ideale Holzhaus: Verlässliche Vorlagen für Holzhäuser, Wochenendhäuser, Wohnlauben und Verkaufshallen

Das ideale Holzhaus: Verlässliche Vorlagen für Holzhäuser, Wochenendhäuser, Wohnlauben und Verkaufshallen

Das ideale Holzhaus: Verlässliche Vorlagen für Holzhäuser, Wochenendhäuser, Wohnlauben und Verkaufshallen

Beize bztw. Beizmeister: Erfahrener selbständiger Beizmeister, möglichst Tischler und Polierer mit langjähr. Praxis...

Kollegen! Vorzugsangebot für Hobelbänke! Schwere Ausführung, gedämpfte Rotbuche, 2 m lang, Stahlspindel...

Wir empfehlen: Die Intarsia Ihre technische und künstlerische Gestaltung und Anwendung

Die Intarsia: Ihre technische und künstlerische Gestaltung und Anwendung

Die Intarsia: Ihre technische und künstlerische Gestaltung und Anwendung

Die Intarsia: Ihre technische und künstlerische Gestaltung und Anwendung

Die Intarsia: Ihre technische und künstlerische Gestaltung und Anwendung

Die Intarsia: Ihre technische und künstlerische Gestaltung und Anwendung

Die Intarsia: Ihre technische und künstlerische Gestaltung und Anwendung

Die Intarsia: Ihre technische und künstlerische Gestaltung und Anwendung

Die Intarsia: Ihre technische und künstlerische Gestaltung und Anwendung

Die Intarsia: Ihre technische und künstlerische Gestaltung und Anwendung

Die Bildhauerei: Heft 2 - 1927

Die Bildhauerei: Heft 2 - 1927

Die Bildhauerei: Heft 2 - 1927

Die Bildhauerei: Heft 2 - 1927

Die Bildhauerei: Heft 2 - 1927

Die Bildhauerei: Heft 2 - 1927

Die Bildhauerei: Heft 2 - 1927

Die Bildhauerei: Heft 2 - 1927

Die Bildhauerei: Heft 2 - 1927

Die Bildhauerei: Heft 2 - 1927

Die Bildhauerei: Heft 2 - 1927

Die Bildhauerei: Heft 2 - 1927

Eiserne Schraubzwingen: mit Stahlchiene u. Kugeldruckplatte 20 cm Spannweite pro Dtzd. 24 Mk.

Schraubknechte: 100 120 140 160 cm Spannweite 5,50 6,- 6,50 7,- Mk. pro Stück

Max Walther, Dresden-22

Stuhlflechtröhre! Beste, ergiebigste Qualität! Halbgil. rothband Nr. 2a 3a 4a

Hobelbänke: Ia Qualität, Bitt. beste ged. Rote Eisensp., samtl. Größ., 2 m lg., 78 Mk.

Wer gibt Auskunft über: Der Holzhausbau Winte aus der Praxis des Holzhausbaues Holzschindeln

Das Fachblatt für Holzarbeiter! Das Fachblatt erscheint monatlich und kostet vierteljährlich 2 Mk.

Das Fachblatt für Holzarbeiter! Das Fachblatt erscheint monatlich und kostet vierteljährlich 2 Mk.

Das Fachblatt für Holzarbeiter! Das Fachblatt erscheint monatlich und kostet vierteljährlich 2 Mk.

Das Fachblatt für Holzarbeiter! Das Fachblatt erscheint monatlich und kostet vierteljährlich 2 Mk.

Das Fachblatt für Holzarbeiter! Das Fachblatt erscheint monatlich und kostet vierteljährlich 2 Mk.

Das Fachblatt für Holzarbeiter! Das Fachblatt erscheint monatlich und kostet vierteljährlich 2 Mk.

Das Fachblatt für Holzarbeiter! Das Fachblatt erscheint monatlich und kostet vierteljährlich 2 Mk.

Das Fachblatt für Holzarbeiter! Das Fachblatt erscheint monatlich und kostet vierteljährlich 2 Mk.